rungen hat, durch ein solches Verfahren nicht noch aufwerten. Das ist nicht nur eine juristische, sondern auch eine politische Entscheidung.

SPIEGEL: Das klingt skeptisch.

Friedrich: Ich sage nicht, dass ich einen Verbotsantrag ausschließe. Aber ich gebe zu, dass ich sehr skeptisch bin.

SPIEGEL: Ein Argument für das Verbot der NPD ist ihr latenter Antisemitismus. Überrascht Sie die Angst, die viele Juden nach der Diskussion um Beschneidung von Jungen ausgedrückt haben?

Friedrich: Bei der Debatte um Beschneidungen habe ich den Eindruck, als würden viele nur die Gelegenheit nutzen, unter dem Deckmantel eines Sachargument gegen Israel Stimmung zu machen. Die Debatte zeigt aber auch, dass der Wert der Religion und religiöser Symbole und Riten immer geringer geachtet wird. Zu den antijüdischen Ressentiments der Rechtsextremisten kommt der Antisemitismus junger islamischer Migranten. Hier sind wir alle gefragt, auch im Alltag mit Zivilcourage dagegenzuhalten.

SEBASTIAN KAHNERT / DPA

NSU-Akten, Ausschussvorsitzender Sebastian Edathy
„Das Vertrauen in die Dienste ist beschädigt“

SPIEGEL: Der Berliner CDU-Justizsenator Thomas Heilmann lässt Beschneidungen juristisch dann nicht mehr verfolgen, wenn Eltern unter anderem nachweisen können, dass ihnen die Religion den Eingriff gebietet. Was halten Sie davon?

Friedrich: Das mag gutgemeint sein, ist aber der falsche Weg. Wollen wir jetzt noch eine Religionsüberprüfung? Das kann es nicht sein. Die Religion gebietet Juden und Muslimen, ihre Jungen zu beschneiden. Das sollten wir respektieren.

SPIEGEL: Als Innenminister sind Sie in der Regierung mitverantwortlich für Regeln im Internet. Bewegt Sie der Fall von Bettina Wulff, die von Google verlangt, ihren Namen nicht mehr automatisch mit Rotlicht-Themen in Verbindung zu bringen?

Friedrich: Ich habe großes Verständnis für das Anliegen von Frau Wulff und verstehe, dass sie verletzt ist. Dass sich das Problem leicht lösen lässt, bezweifle ich allerdings. Wenn Sie Handlungsbedarf sehen, haben Sie zwei Möglichkeiten: Entweder verbieten Sie grundsätzlich die Verknüpfung von Suchbegriffen durch die „Autocomplete“-Funktion. Das würde die Nutzung von Suchmaschinen einschränken, und Sie brauchten internationale Regeln. Die zweite Möglichkeit wäre zu filtern, also Mechanismen einzubauen, die bestimmte Verknüpfungen ausschließen. Dann sind Sie nahe bei …

SPIEGEL: … Zensur.

Friedrich: Ich sag's mal vorsichtig: Beeinflussung der angezeigten Inhalte. Wenn man die schrankenlose Freiheit im Internet bedingungslos verteidigt, geht das automatisch zu Lasten des Schutzes der Persönlichkeitsrechte. Das eine hängt mit dem anderen zusammen. Die Frage ist: Was wiegt schwerer?

SPIEGEL: Wie lautet Ihre Antwort?

Friedrich: Die hängt von der konkreten Beeinträchtigung ab. Das Beispiel von Bettina Wulff dokumentiert, wie wichtig der Schutz der Persönlichkeitsrechte im Netz ist. Wenn man sieht, dass durch Cyber-Mobbing in sozialen Netzwerken Jugendliche im Extremfall in den Tod getrieben werden, sage ich ganz klar, dass wir internationale Standards für den Persönlichkeitsschutz brauchen.

SPIEGEL: Am Freitag stürmten Demonstranten im Sudan die deutsche Botschaft. Wie groß ist die Gefahr aktuell?

Friedrich: Wir sind jedenfalls im Fadenkreuz der Dschihadisten.

SPIEGEL: Die rechte Pro-Deutschland-Bewegung hat einen antiislamischen Trailer auf ihre Website gestellt. Wie beurteilen Sie diese Provokation?

Friedrich: Solche Gruppen und Organisationen wollen die Islamisten auch in Deutschland provozieren. Damit gießen sie grob fahrlässig Öl ins Feuer. Dagegen muss man mit allen rechtlich zulässigen Mitteln vorgehen.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

Friedrich, SPIEGEL-Redakteure*
„Nicht laut, sondern effizient“

* Hubert Gude und Holger Stark in Berlin.

SOZIALDEMOKRATEN

Viagra für die Linke

Mit einem moderaten Rentenkonzept wollte Parteichef Gabriel die Genossen fit für den Wahlkampf machen. Stattdessen könnte die SPD sich nun selbst zerreiben.

Der Gewerkschafter in der dritten Reihe ist wütend, er fletscht die Zähne. „Guck mich mal nicht so böse an, du“, ruft Sigmar Gabriel ihm von der Bühne zu. „Du guckst ja, als ob du mich gleich fressen willst. Da hast du viel zu tun.“

Es ist der vergangene Montag, gerade hat der SPD-Chef versucht, den Gewerkschaftern von Ver.di bei den „BundesarbeitnehmerInnen-Tagen“ in Potsdam die Folgen des demografischen Wandels für die Alterssicherung zu erklären. Doch statt Verständnis erntet er Empörung und Buhrufe. Und jetzt steht da auch noch dieser Mann und wagt es, seine Rentenpläne zu kritisieren. „Jetzt geh ich“, ruft Gabriel. „Was ihr wählt, ist eh eure Sache.“ Und stürmt beleidigt von der Bühne.

Mit seinem Konzept zur Alterssicherung wollte Gabriel ursprünglich den Gewerkschaften gefallen und die eigene Partei mit der ungeliebten Rente mit 67 versöhnen. Er wollte die Vergangenheit endlich hinter sich lassen, den letzten Strich ziehen unter jene Reformen der roten Regierungsbeteiligung, für die sich viele Genossen noch heute schämen.

Doch schon jetzt ist klar, dass sein Konzept nichts befrieden wird. Vielmehr droht der SPD ein Flügelstreit, wie sie ihn seit langem nicht mehr erlebt hat.

Kommende Woche soll der Parteivorstand Gabriels Konzept absegnen, im November dann ein Parteikonvent. Doch die Arbeitnehmervertreter protestieren, weil der Vorsitzende das Rentenniveau wie gesetzlich geplant auf 43 Prozent des Durchschnittseinkommens absenken will, statt es bei den aktuellen 51 Prozent zu belassen. Viele Parteilinke stören sich zudem an der Forderung nach einer Stärkung der Betriebsrente. Die Ostdeutschen fordern eine Verbesserung für den Osten. Und die Pragmatiker klagen, alles werde viel zu teuer. Einzig die Idee einer Mindestrente von 850 Euro ist konsensfähig.

Dabei hatte Gabriel eigentlich versucht, sich in den Dienst seiner Partei zu stellen. Er war bereit, sich selbst zurückzunehmen, was in seinem Falle bereits eine Nachricht ist. Er unterdrückte den Populisten in sich und entschied sich ge-

THOMAS TRUTSCHEL / PHOTOTHEK.NET

SPD-Troika Steinmeier, Steinbrück, Gabriel als Souvenir: *„Was ihr wählt, ist eh eure Sache“*

gen allzu linke Forderungen, weil dies unweigerlich Folgen für die Kanzlerkandidaten-Frage gehabt hätte, dann hätten sich seine Mitbewerber Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier aus dem Rennen verabschiedet. Die Troika wäre dahin gewesen. Mit seinem Bekenntnis zur Absenkung des Rentenniveaus wollte Gabriel den Weg ebnen für eine Kanzlerkandidatur der „Stones“. Beide wollen Wahlgeschenke in dieser heiklen Angelegenheit nicht mittragen.

Doch Gabriels Versuch, Renten- und Kandidatenfrage miteinander zu versöhnen, scheint nur Unfrieden zu stiften. Wie schwierig die Lage ist, erlebte der Vorsitzende vorigen Montag im Parteivorstand. Obwohl einige seiner schärfsten Kritiker fehlten, wurde er aus allen Richtungen attackiert. „Die Rente ist die entscheidende Frage für die Wahlen, die Absenkung des Rentenniveaus ist nicht akzeptabel“, schimpfte der Parteilinke Klaus Barthel. Die Bundestagsabgeordnete Gabriele Lösekrug-Möller griff Gabriel an, weil sie dessen monatelang geheim gehaltene Arbeit am Konzept intransparent fand.

Die Parteirechten übten derweil Druck auf den Vorsitzenden aus. „Wir müssen das jetzt so machen“, drängte Fraktionsvize Hubertus Heil. Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft warnte, dass das Konzept nicht zu teuer werden dürfe. Denn trotz des Verzichts auf allzu populistische Elemente summieren sich die Vorschläge auf Mehrkosten in zweistelliger Milliardenhöhe.

„Wir dürfen nur versprechen, was wir halten können“, mahnt Gabriel. Dabei gab es im vergangenen Jahr durchaus Momente, in denen er versucht war, den Wünschen der Parteilinken nachzugeben. In einem ersten Entwurf aus dem Frühsommer war noch von einem Rentenniveau zwischen 45 und 50 Prozent die Rede. Dass es schließlich anders kam, lag auch an Steinmeier und Steinbrück, die intern deutlich machten, dass sie bei einem solchen Programm nicht als Kandidaten zur Verfügung stünden.

Gabriels Konzept passt zu der Erzählung vieler Spitzengenossen, dass der Vorsitzende eine eigene Kanzlerkandidatur aus Mangel an Siegchancen nicht mehr ernsthaft in Erwägung ziehe. Stattdessen möchte er derjenige sein, der die Partei nach der historischen Niederlage im Herbst 2009 zurück auf die Erfolgsspur gebracht hat. Den Erfolg aber können – wenn überhaupt – nur seine beiden Konkurrenten einfahren.

Wie sehr insbesondere Steinmeier die Richtung in der Rentenfrage vorgab, zeigte sich vor knapp zwei Wochen. Als Gabriel sein Konzept noch gar nicht präsentiert hatte, machte der Fraktionschef bereits klar, was er keinesfalls dulden werde. Ans Rentenniveau „würde ich nicht drangehen“, sagte er der „Süddeutschen Zeitung“. Sein Wunsch war Gabriel Befehl.

Davon unbeeindruckt begann die Parteilinke in der vergangenen Woche mit der Vorbereitung der Operation Linksruck. Am frühen Dienstagmorgen trafen sich die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften sowie die Landeschefs Jan Stöß aus Berlin und Andreas Bovenschulte aus Bremen im Bundestagsbüro von Hilde Mattheis und berieten das weitere Vorgehen. Die Runde war sich schnell einig: Mit mehreren Änderungsanträgen will sie Gabriels Konzept bis zum kommenden Montag zu ihren Gunsten drehen. Wenn das nicht gelingen würde, stellte die Runde klar, werde man beim Parteikonvent im November mit einem eigenen Konzept gegen den Parteichef antreten.

„Das Konzept der Betriebsrente ohne paritätische Finanzierung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern überzeugt mich nicht“, sagt auch Hessens Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel. „Ich werde vorschlagen, dass wir das ändern.“

Seinem Ärger über die Ausweitung der Betriebsrente machte vorigen Freitag auch Juso-Chef Sascha Vogt in einem Brief an den Parteivorstand Luft, dies sei eine einseitige Belastung der Arbeitnehmer: „Eine solche Argumentationslinie würde ich eher bei der FDP vermuten“, schrieb Vogt. Eine Beibehaltung des aktuellen Rentenniveaus sei die „einzig tragfähige Lösung“.

IG-Metall-Vize Detlef Wetzel beschwerte sich vergangene Woche bei einer Buchvorstellung gleich persönlich bei Gabriel. Die Gewerkschaften fühlten sich von der SPD „nicht gehört“, so Wetzel. „Da muss noch viel Gerechtigkeit rein.“

Zudem stören sich mittlerweile auch bislang linker Ideologie unverdächtige Genossen an Gabriels Konzept. So kann auch Netzwerker Martin Dulig, der als Befürworter eines Kanzlerkandidaten Steinbrück gilt, den pragmatischen Ideen des Parteivorsitzenden nicht viel abgewinnen. „Wir schreiben gerade ein System fest, das wir eigentlich überwinden wollten“, sagt der sächsische SPD-Chef. „Uns werden Wähler verlorengehen.“ Eine Absenkung auf 43 Prozent sei nicht vermittelbar. „Ich will die Linkspartei nicht durch unser Rentenkonzept mit Viagra füttern.“

Mit anderen ostdeutschen Landeschefs ärgert sich Dulig vor allem, dass der Wunsch nach der Anpassung der Ostrenten ans Westniveau kein Gehör gefunden hat. „Als Ostdeutscher kann ich dem Konzept nicht zustimmen.“

Dass mit einem Linksruck der eigene Wunschkanzlerkandidat Steinbrück ebenso wie Steinmeier vergrault würde, ist ein Dilemma, dass Dulig durchaus bewusst ist. „Aber was soll ich machen? Das mit der Rente ist eine Gerechtigkeitsfrage hier in Ostdeutschland, das geht nun einmal vor.“

Sebastian Brauns, Gordon Repinski